

Tagblatt.

Pränumerations - Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig . . . 6 fl. — kr.
Halbjährig . . . 3 „ — „
Vierteljährig . . . 1 „ 50 „
Monatlich . . . — „ 50 „

Mit der Post:

Ganzjährig . . . 9 fl. — kr.
Halbjährig . . . 4 „ 50 „
Vierteljährig . . . 2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus viertel-
jährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 5 kr.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 95.

Freitag, 4. Dezember. — Morgen: Sabbath A.

1868.

Ein Urtheil über den Ausgleich mit den Tschechen.

Die in Prag erscheinende „deutsche Volkszeitung“ bringt über obiges, in officiösen Artikeln zu wiederholten malen angeregte Thema folgende treffende Bemerkungen:

Was gibt es für uns, die wir auf dem Boden der Verfassung, des Gesetzes stehen, auszugleichen? Die sogenannten Tschechenführer sollen die Verfassung anerkennen und ihre etwaigen Wünsche und Forderungen im verfassungsmäßigen Landtage und Reichsrathe vorbringen. Außerhalb der Verfassung gibt es für uns keinen Ausgleich, außerhalb des verfassungsmäßigen Landtags und Reichsraths daher auch keine Ausgleichsverhandlungen! Herr von Beust möge bedenken, daß ein Ausgleich mit den Tschechen außerhalb des Bodens der Verfassung und über die Verfassung hinweg uns Deutsche in die Opposition brächte und daß dann erst wieder mit uns ein Ausgleich notwendig würde; ein so viel erfahrener und gewandter Staatsmann wie Freiherr von Beust wird aber un schwer erkennen, daß die Opposition der Deutschen denn doch ärger wäre als die Opposition der Tschechenführer. Wir sagen ausdrücklich: der Tschechenführer, denn das tschechische Volk weiß nichts von einem Widerstande gegen unsere Verfassung.

Allerdings mag es den Herren in Wien sehr unheimlich erscheinen, daß die tschechischen Abgeordneten sich vom Landtage und Reichsrathe ferne halten, und auch wir können diesen Zustand für keinen erfreulichen ansehen; auch begreifen wir, daß es Herrn von Beust, nachdem er den Ausgleich mit Ungarn vollbracht hat, gelüsten mag, auch „die Tschechen zu versöhnen.“ Allein Herr von Beust wird auch erwägen, daß schon der ungarische Ausgleich kein Meisterstück ist, und daß die Bevölkerung des diesseitigen Oesterreich diesen Aus-

gleich, in Folge dessen wir 70 Prozent zu den gemeinsamen Auslagen beisteuern, die Ungarn aber nur 30 Prozent, keineswegs mit Befriedigung begrüßen konnte; wir haben ihn aber hingenommen, weil wir ihn für notwendig hielten und weil er im verfassungsmäßigen Reichsrathe vereinbart wurde; einen Ausgleich mit den Tschechen aber, die keine Ungarn sind, halten wir nicht für notwendig, und einen außerhalb des Bodens der Verfassung vereinbarten Ausgleich könnten und würden die Deutschen wenigstens nicht anerkennen.

Ist denn aber mit dem tschechischen Volke überhaupt ein Ausgleich notwendig? Wir müssen das bestritten. Das tschechische Volk schwärmt weder für ein absonderlich altes Staatsrecht, noch überhaupt für die Zustände des Mittelalters, das tschechische Volk ist auch kein Gegner unserer Verfassung und unserer freisinnigen Staatsgrundgesetze, die seine Nationalität, wie die jeden andern Volksstammes gewährleisten; aber das tschechische Volk kennt unsere Verfassungsgesetze fast gar nicht und die Regierung hat auch noch gar nichts gethan, um diese Kenntniß im tschechischen Volke zu verbreiten und dasselbe dadurch für sich zu gewinnen. Bisher stand das tschechische Volk nur unter dem Einflusse seiner Verführer und deshalb kam es zu den bedauerlichen Ausschreitungen, welche den Ausnahmezustand notwendig machten. Dieser Ausnahmezustand lähmt nun zwar den verderblichen Einfluß der tschechischen Volksverführer und wird insoferne, so sehr wir die Nothwendigkeit desselben bedauern, seine gute Wirkung nicht verfehlen. Aber das genügt noch nicht. Die Regierung muß unserer Ansicht nach noch mehr thun, nachdem die Sachen einmal so verfahren sind; die Regierung darf sich nicht blos damit begnügen, den verderblichen Einfluß der tschechischen Volksverführer zu schwächen; sie muß auch durch Aufklärung über unsere freisinnigen Gesetze und, was das allerwirksamste sein wird, durch ent-

schiedene Durchführung derselben das tschechische Volk zu gewinnen suchen. Was die Aufklärung über unsere neuen Gesetze betrifft, so müßte sich die Regierung zu diesem Zwecke außer der Presse natürlich vorzüglich der politischen Beamten bedienen; dann müßten aber allerdings wenigstens die leitenden Beamten durchwegs selbst Anhänger der Verfassung sein; wenn dies aber nicht der Fall ist, so kann sich der Herr Minister des Innern wenigstens darüber nicht beklagen, daß er auf diesen Umstand nicht aufmerksam gemacht wurde; es ist vielmehr wiederholt und mit dem möglichsten Nachdrucke geschehen.

Was aber die Durchführung unserer neuen freisinnigen Gesetze betrifft, so dürfen wir es nicht verhehlen, daß die Freunde des gegenwärtigen Ministeriums in dieser Beziehung größere Entschiedenheit erwartet hatten; daß aber ein entschlossenes Vorgehen auf der Bahn des Fortschrittes und der Freiheit auch im tschechischen Volke Zuneigung für das gegenwärtige Regierungssystem erweckt hätte, wird niemand bezweifeln, er müßte denn behaupten wollen, daß das tschechische Volk dem Fortschritte und der Freiheit und daher seinem eigenen Wohle entgegen sei.

Wir wiederholen daher schließlich: außerhalb der Verfassung gibt es für uns keinen Ausgleich, der beste Ausgleich mit dem tschechischen Volke ist aber gewiß eintheils durch Aufklärung über unsere neuen Gesetze und andertheils insbesondere durch entschiedene Durchführung der in denselben enthaltenen freirechtlichen Grundsätze zu erreichen, denn dadurch wird die Wohlfahrt jedes Volksstammes am sichersten befördert. Jeder andere Ausgleich ist ein gefährliches Experiment, vor dem wir um so mehr warnen müssen, als wir der unglücklichen Versuche ohnedies schon mehr als genug erlebt haben und endlich zur Ruhe kommen möchten.

Feuilleton.

Pilze und Epidemien.

Den mikroskopischen Forschungen Klob's in Wien und Thomé's in Köln gelang es als Ursache der Choleraerkrankung einen Pilz, der im Darne der Kranken seinen Sitz aufschlägt, dort vegetirt und nicht geringe Zerstörungen auf der Schleimhaut des Darmes verursacht, aufgefunden zu haben. Thomé nannte diesen Pilz *Cylindrotaenium Cholerae*. Ueberhaupt wird jetzt mehr und mehr der Nachweis geliefert, daß winzige Pilze, die erst bei sehr starken Vergrößerungen mittelst vorzüglicher Mikroskope entdeckt werden können, eine große Rolle bei verschiedenen Krankheiten spielen.

Der Engländer Salisbury beobachtete, daß in solchen Gegenden, wo Wechselfieber herrschen, stets in der Luft die Keime von Pilzen vorkommen, welche dem sumpfigen Boden entstammen und wahrscheinlich von den Wechselfieberkranken in das Blut durch Einathmung aufgenommen werden. Diese Pilzkeime mögen demnach die Ursache der Erkrankung

und das wesentliche Prinzip des krankmachenden Sumpfmiasma sein. Salisbury fand nämlich auf Glasplatten, welche er einen Fuß hoch über der Oberfläche von sumpfigen Tümpeln aufstellte, am nächsten Morgen an der unteren Fläche stets zahlreiche Wassertropfen, in welchen man mittelst des Mikroskopes jene niederen Organismen, die Pilzkeime, erkennen konnte. Auch nahm er im Auswurfe der an Wechselfieber leidenden Personen, sowie solcher Leute, welche die Nacht hindurch den Ausdünstungen stehender Gewässer ausgesetzt waren, stets dergleichen mikroskopische Zellen, sowie Pilzsporen war. Es ist nun anzunehmen, daß solche kleine Organismen, wenn sie einmal in das Blut des Menschen aufgenommen sind, eine Reaktion von Seiten des Körpers hervorrufen, um die giftige Substanz auszustoßen; so erfolgt dann in Begleitung dieser Reaktion die Erscheinung regelmäßig auftretender, fieberhafter Anfälle.

Allein auch andere Krankheiten sind es, bei denen die Neuzeit Pilzbildungen in den krankhaften Säften des Körpers nachzuweisen im Stande war. Prof. Hallier in Jena, welcher schon im Jahre 1866 ein Werk über die „pflanzlichen Parasiten

des menschlichen Körpers“ geschrieben hatte, fand im Jahre 1867, daß sich in der Pockenlymfe, im Blute der Maserkranken, der Typhuskranken und in ähnlicher Weise auch bei andern fieberhaften, namentlich ansteckenden Krankheiten Pilze befinden. Jedenfalls liegt nun der Verdacht nahe, daß solche Pilze unmittelbar mit dem Ansteckungsstoffe der angeführten Krankheiten verknüpft sind, und vielleicht bei der Ansteckung selbst eine Rolle spielen. Hat doch vor kurzem erst der Franzose Pasteur die Bedeutung der Pilze beim Gährungsprozeß aufgeklärt und Davaine ähnliche Pilze im Blute beim Milzbrande aufgefunden. Interessant ist aber hierbei, daß Hallier durch Züchtungs- oder Kulturversuche eine Pilzform in andere Pilzformen übergehen sah, je nachdem er die Pilzkeime entweder auf trockenem oder feuchterem Boden aussetzte.

Eine andere Entstehungsweise von Krankheiten ist wahrscheinlich durch die Wirkung faulender Stoffe auf den Organismus bedingt, in welchen dieselben eindringen. Um diese Wirkung faulender Stoffe auf den thierischen Körper klarer zu machen, experimentirte Dr. M. Semmer in München, indem er solche in fauliger Zersetzung begriffene Substanzen auf

Von den Delegationen.

Pest, 2. Dezbr. (Sitzung der Reichsraths-Delegation.) Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wird das Nuntium der ungarischen Delegation bezüglich des Budget des Finanzministeriums und des obersten Rechnungshofes dem Budgetausschusse zugewiesen. Rechbauer und Genossen interpelliren den Kriegsminister, ob er auch den Soldaten das Versammlungsrecht, ferner alle den Staatsbürgern zugesicherten Rechte sichern wolle. Feldmarschall-Lieutenant Baron Ruhn will in der nächsten Sitzung die Interpellation beantworten.

Auf der Tagesordnung steht das Budget für das Landheer. In der Generaldebatte sprechen Figuly und Fürst Czartoryski. Der Ausschufsantrag wird in der Generaldebatte angenommen. In der Spezialdebatte werden auf Antrag Czartoryski's bei Titel 1 bloß 50.000 Gulden gestrichen. Titel 2 und 3 werden nach dem Antrage des Ausschusses angenommen. Titel 4, 20, 21 und 22 werden gleichzeitig verhandelt. Rechbauer bringt hierzu das Minoritätsvotum ein. Bei Titel 4 werden auf Antrag des Feldmarschall-Lieutenants Gablenz nur 402.050 Gulden gestrichen. Titel 5 bis 9 werden nach dem Antrage des Ausschusses angenommen. Bei Titel 10 werden auf Antrag Gablenz' nur 93.160 fl. gestrichen. Titel 11 bis 15 werden nach dem Antrage des Ausschusses, Titel 16 nach der Regierungsvorlage und die übrigen Titel mit Resolutionen nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Czartoryski hielt in der Generaldebatte im Namen seiner Landsleute eine beifällig aufgenommene Rede, in welcher er unter Hinweis auf mögliche europäische Verwicklungen die Schlagfertigkeit des Heeres betont und die Annahme des Regierungsvoranschlages empfiehlt.

Die Sitzung dauerte bis 9 Uhr. Morgen findet die Verathung des Extra-Ordinariums statt.

Offizielle Verheißungen.

Es sollen von Seite der österreichischen Regierung Angelegenheiten bezüglich der dringendsten Volkswünsche bevorstehen, die schon nach Wiedereröffnung des Reichsrathes zu Thatsachen werden würden. Ein Wiener Blatt, welches sich bemüht, den Gesinnungen der Regierung Ausdruck zu geben, hat in den letzten Tagen ein Gesetz über die Einführung direkter Reichsrathswahlen mit Eifer und Geschick befürwortet, und wies auf Grund eines Vergleiches mit Ungarn nach, daß man bei der erwähnten Konzeption nicht stehen bleiben dürfe, sondern die Zahl der Abgeordneten verdoppeln müsse, wenn unser Parlament befähigt sein soll, seinen hohen Aufgaben zu genügen.

Ein anderes Gerücht bezog sich auf die Einführung der obligatorischen Zivilehe. Es wird ge-

meldet, die Regierung sei entschlossen, einen Gesetzentwurf über die Einführung der obligatorischen Zivilehe vor den Reichsrath zu bringen. Man habe eingesehen, daß die Nothzivilehe nichts taue und daß man den Konflikten mit der Geistlichkeit am besten aus dem Wege gehe, wenn man, wie dies bei der obligatorischen Zivilehe nothwendig, zu Einführung von Ziviltandsregistern schreitet.

An diese Verheißungen reiht sich die Mittheilung, daß eine der schärfsten der noch vorhandenen Spizen des Konkordates abgeschliffen werden soll. Die Regierung beharre hinsichtlich des Artikel 14 des Konkordates auf ihrem Standpunkt, daß derselbe nicht mehr zu Recht bestehe und die Bischöfe daher mit allen andern Staatsbürgern vor dem Gesetze, daher auch vor dem Strafgesetze gleichgestellt seien. Die Regierung werde indessen die Interpretation des obersten Gerichtshofes abwarten. Erklärt dieser sich für die Gültigkeit des Artikels 14, so werde die Regierung eine besondere Gesetzesvorlage vor den Reichsrath bringen, wodurch der erwähnte Artikel aufgehoben wird. Damit glaube die Regierung alle Schwierigkeiten der kirchlichen Frage beseitigt, und dies dürste auch ungefähr der Inhalt der Erklärungen sein, welche Dr. Bisra abgeben würde, wenn der Antrag auf Aufhebung des Konkordates im Abgeordnetenhaus zur Sprache gelangen sollte; daß Entschiedenheit gegenüber den Bischöfen nothwendig, da ihr Widerstand noch immer fortbauert, beweist wohl neuerdings die eingelangte Nachricht, das Kreisgericht von Feldbach habe dem Bischofe von Brixen die Herausgabe der Ehegerichtsakten innerhalb einer Frist von acht Tagen, bei sonstiger Strafe von 1000 fl. auftragen müssen.

Politische Rundschau.

Laibach, 4. Dezember.

In ungarischen Unterhaus wurde in der Abend Sitzung am 1. Dezember der Gesetzentwurf über die Regelung der Union mit Siebenbürgen in der General- und Spezialdebatte unverändert angenommen. Perczel legt das Resultat der Wehrkommission über Modifikationen des Wehrgesetzes vor; die Kommission empfiehlt die Annahme der Modifikationen. — In der Sitzung am 2. Dez. wurde der Gesetzentwurf über die interkonfessionellen Verhältnisse, über Ehecheidungsprozesse, über die Inartikularung der griechischen Bischöfer zu Karlsburg und Szamos-Ujvar und über die Siebenbürger Bahn in dritter Lesung angenommen. Das Referat der Rechtssektion über das Gesetz bezüglich der Kompetenz der Militärbehörde wird verlesen; dasselbe empfiehlt die Annahme dieses Gesetzes. Sodann wird der Gesetzentwurf über die Kontrolle der schwebenden Schulden in der General- und Spe-

zialdebatte unverändert angenommen und ein von der siebenten Sektion zu diesem Gesetzentwurfe eingebrachtes Separatvotum abgelehnt. Der Gesetzentwurf über gemeinsame Pensionen wird von der Majorität in der Generaldebatte angenommen. In der Spezialdebatte wünscht Nyary, daß der zweite Paragraph dieses Gesetzentwurfes, welcher von Pensionen für den rein ungarischen Verwaltungszweig handelt, weggelassen werden möge. Nach längerer Diskussion wird Nyary's Amendement mit 184 gegen 105 Stimmen abgelehnt. Schließlich werden die von dem Reichsrath an dem Wehrgesetze vorgenommenen Modifikationen ohne Diskussion angenommen.

Als Beweis, wie unrecht die föderalistischen Blätter hatten, als sie so heftig gegen die Aufhebung des bekannten Sprachenzwangs-Gesetzes in Böhmen eiferten, führt die Debatte das Faktum an, daß an einem deutschen Gymnasium von sämmtlichen Schülern nur ein einziger von der Berechtigung Gebrauch machte, die zweite Landessprache, hier also die böhmische, nicht lernen zu müssen. Wo das Bedürfnis vorhanden ist, da bedarf es also, wie sich zeigt, keines Zwanges.

Angeichts der beunruhigenden Nachrichten, welche Tag für Tag über die Vorgänge in dem benachbarten Rumänien veröffentlicht werden, hat es das österreichische Kriegsministerium für entsprechend befunden, einen höheren Generalstabs-Offizier dorthin zu entsenden, um die Dinge in nächster Nähe zu beobachten, und hierauf über dasjenige Bericht zu erstatten, was in militärischer Beziehung als auffallend zu bezeichnen ist. Man vernimmt nun, daß der genannte Offizier von seiner Mission bereits zurückgekehrt ist und seine Relationen betreffenden Orts vorgelegt hat. Er berichtet, daß die Rumänen allerdings große Anstrengungen machen, um sich in wehrhaften Zustand zu setzen, daß aber dieselben stark überschätzt werden. Doch sind ihm zwei Punkte insbesondere aufgefallen, und zwar erstens die von der Regierung durchgeführte Einführung von Sonntagsscheibenschießen in allen Gemeinden des Landes, und zweitens die Anlegung von Militärstraßen, unter welchen letzteren er insbesondere auf eine Straße, welche in den die Verbindung zwischen Siebenbürgen und der Bukowina herstellenden Winkel der Moldau hineinführen soll, aufmerksam gemacht hat.

Die Nachricht von der Hinrichtung der beiden politischen Verurtheilten, Monti und Tognetti, zu Rom hat in ganz Italien eine ungeheure, allgemeine und tiefgehende Entrüstung hervorgerufen. Nur die „Unita Cattolica“ lobt die grausame Gerechtigkeit, mit welcher die päpstliche Regierung die beiden armen Maurer, bezahlte Werkzeuge der Garibaldischen Partei, zu Rom nach zwölfmonatlicher Gefangenschaft und einem

vielfache Weise in den Körper von Thieren brachte, d. h. er spritzte sie in das Blut, unter die Haut, in den Magen; er beobachtete dann an den Thieren ganz besondere, krankhafte Erscheinungen, die man als Vergiftungserscheinungen auffassen mußte. Faulende Stoffe enthalten demnach ein Vergiftungsprinzip, welches Hemmer „das putride Gift“ nennt; dasselbe zerlegt das Blut, macht es dunkler und dünnflüssiger, erregt eine Entzündung im Darm und den Unterleibsdrüsen, übt eine Reizung auf das Gehirn aus, und kann in seiner heftigen Wirkungsweise nur den stärksten und bekanntesten Giften, wie Kurare, Schlangengift u. s. w. verglichen werden. Es zeigt sich aber auch eine große Ähnlichkeit zwischen der Vergiftung mit solchem putriden Gifte und den sogenannten Infektionskrankheiten, wie Typhus; ja Hemmer zögert nicht, sogar schon den Ausspruch zu thun: „Die Krankheitsstoffe der Infektionskrankheiten sind putride Gifte.“ Es würde diese Ansicht mit derjenigen übereinstimmen, die sich über die Entstehungsweise des Typhus vorzugsweise geltend machte; denn man könnte annehmen, daß sich die den Typhus erzeugenden putriden Stoffe in dem lockeren Erdboden entwickeln, welcher beim Fal-

len des Grundwassers die Produkte der fauligen Zersetzung an die Luft der Atmosphäre oder an das Wasser der Trinkbrunnen abgibt, so daß sie dann vom Menschen eingeathmet oder mit dem Wasser verschluckt werden.

In der zu Frankfurt a. M. stattgefundenen Naturforscherversammlung des Jahres 1867 beschäftigte sich die medizinische Sektion insbesondere mit den Ursachen und der Entstehungsweise des Typhus. Bei der Diskussion dieses Gegenstandes spielte das Grundwasser eine große Rolle. Man beschuldigte dasselbe und die mit ihm zusammenhängende, zeitlich wechselnde Feuchtigkeit des porösen Bodens als ganz bedeutend einflußreich bei Entstehung von Typhusepidemien.

Inbesondere wollte Bettenkoser in München wahrgenommen haben, daß der Typhus ebenso wie die Cholera erst dann sich epidemisch verbreitet, wenn das Grundwasser fällt, wenn dasselbe also über sich eine noch feuchte, austrocknende Bodenschicht zurückläßt, aus welcher der hier ausgebrütete Ansteckungsstoff in die Luft aufsteigt. Zwar wollten Virchow und andere eine solche Entstehungsweise der Cholera nicht anerkennen, doch war man allgemein überzeugt,

daß man bei Entstehung von Typhusepidemien vornehmlich auf die Beschaffenheit des Bodens, sowie auf Steigen und Fallen des Grundwassers seine Aufmerksamkeit richten müsse. Bei dieser Bedeutung, welche das Grundwasser jedenfalls hat, will Barrentrapp bezüglich der Entwässerung der Städte, um die letztern für die Bewohner gesunder zu machen, ein systematisches Netz von Kanälen unten den Straßen vorschlagen, wobei diese Kanäle tiefer als die Kellerböden in den Häusern angelegt sind, und sowohl durch Drainage die Feuchtigkeit aus dem Boden, als auch die flüssigen Unreinigkeiten aus der Stadt wegführen. Die Entwässerung der Städte und die Abführung der unreinen Stoffe aus denselben ist in der That nunmehr eine brennende Frage; dieselbe steht in Deutschland auf der Tagesordnung, seitdem man hier, wie auch schon längst in England erkannt hat, wie ungemein groß die sich besonders durch die Sterblichkeitsstatistik auszeichnenden Nachteile sind, die eine unregelmäßige und ungenügende Fortschaffung organischer Abgänge mit sich bringen muß.

siebenunddreißigtägigen Todeskampf — denn das Todesurtheil war den Unglücklichen schon am 18ten Oktober verkündet worden — hinrichten ließ. „Die liberalen Blätter, schreibt man der „Allg. Ztg.“ ergehen sich in den schwersten Beleidigungen gegen den Papst, den sie in seinem „Blutdurst“ unter weiland Solouque und die Königin von Madagaskar stellen, die nach ihnen ohne jeglichen Zweifel nicht so gehandelt hätten, wie der Statthalter Christi auf Erden, der Repräsentant des Gottes der Verzeihung und der Liebe.“ Nächst dem Papste trifft die vollste Entrüstung dieser Blätter das kaiserliche Frankreich, welches als Gehilfe des Henkers behandelt wird. „Schmach über dich, Frankreich der Bonaparte! ruft die „Gazetta di Torino“ aus, dein mit goldenen Bienen bedeckter Kaisermantel ist mit einem Blut besetzt, das alles Wasser des Ozeans in Ewigkeit nicht abwaschen wird.“

Der „Times-Korrespondent“ in Madrid berichtet ausführlich, wie die Republik mehr und mehr Boden gewinnt, und namentlich auch die provisorische Regierung sich mit dem Gedanken an diese Regierungsform aussöhne. Das Vertrauen der letzteren auf eine Monarchie, bemerkt er, ist bedeutend erschüttert. Der Schrecken vor der Republik ist stark im Abnehmen und die Mitglieder der Regierung und viele andere gemäßigte und verständige Männer halten sie für unvermeidlich. Es hat allerdings keinen Nutzen, Europa schon jetzt damit in Schrecken zu setzen, aber in der That ist die jetzige Regierung, die ohne Ruhestörung sich nun schon 2 Monate behauptet, nichts anderes als eine Republik. Die Mitglieder derselben sehnen sich zwar nicht nach der Republik, noch haben sie darnach gestrebt. Im Gegentheil, es ist von ihrer Seite das möglichste geschehen, sie abzuwenden; wenn aber trotz alledem das Land in eine Republik hineintreibt, wer wird Schuld daran sein, wer Schaden oder Nachtheil dadurch haben? Prim hält sich auf alle Fälle für den ersten Platz berechtigt. Mit der Premierschaft unter einem Monarchen wäre er zufrieden gewesen, aber die Präsidentenstelle einer Republik ist ihm ebenso willkommen.

Der Madrider „Imparcial“ vom 29. November veröffentlicht die Candidatenliste einer neuen Regierung, welche in folgender Weise zusammengefasst wäre: Casparero, Präsident der Republik, Creuz Finonzen, Castelar Aeuferes, Figueras Inneres, Sorni Justiz, Pierrard Krieg und Marine.

Das Wahlergebnis in England hat also schon jetzt, noch bevor das neue Parlament zusammentritt, einen Kabinettswechsel zur Folge. Wie der ministerielle „Globe“ meldet, war das Ministerium schon am 2. Dezember willens, wegen der in sicherer Aussicht stehenden Niederlage in der irischen Kirchenfrage zurückzutreten, und neuere Depeschen melden, daß ein Ministerium Gladstone-Russel in der Bildung begriffen sei.

Zur Tagesgeschichte.

— Die Frau Großherzogin Alice von Toskana, Gemahlin des Herrn Erzherzogs Ferdinand, Großherzogs von Toskana, ist am Mittwoch zu Salzburg glücklich von einem Prinzen entbunden worden.

— Das Reichs-Kriegsministerium hat an sämtliche Bahnverwaltungen die Aufforderung ergehen lassen, aus Anlaß der Ausarbeitung einer neuen Vorschrift für die Instruktion von Militär-Transporten auf Eisenbahnen demselben ein Verzeichniß aller in den einzelnen Stationen befindlichen Verladevorrichtungen und der Anzahl Militärlzüge à 100 Akßen, die in jeder Station aufgestellt werden können, mit thunlichster Beschleunigung einzusenden.

— Soeben ist von der Direktion der administrativen Statistik das erste Heft des großen Tabellenwerkes für 1868 ausgegeben worden, welches die Daten über den Flächeninhalt und Bevölkerung der österr.-ung. Monarchie enthält. Der erstere beträgt nun 10.798.94 österr.-ung. Quadratkilometer, die letztere beziffert sich mit Ende 1865 auf 34.753.272 Seelen.

— Ein Wiener Blatt gab der zuletzt im Herberghause gehaltenen Rede des Dr. Berger die Deu-

tung, daß der Minister für die Beibehaltung der Prügelstrafe in der Armee sich ausgesprochen habe. Die „Wiener Abendpost“ tritt dieser Auffassung entgegen und weist mittelst Zitates aus dem stenografischen Berichte nach, daß Dr. Berger im Namen der Regierung die Strafe der körperlichen Züchtigung auch in der Armee ausnahmslos und somit auch als Disziplinarstrafe als aufgehoben angesehen wissen will. Dagegen aber werden die Ketten, d. h. das Krummstießen beibehalten.

— Das galizische Landesgesetz, wodurch die Beschränkung der Wählbarkeit der Israeliten zu Gemeindefunktionen beseitigt wurde, hat die kaiserliche Sanction erhalten. Das Gesetz trägt das Datum des 19. v. M. und ist vom Minister Biskra kontrahirt.

— Ueber den Sturz Brattiano's wird der „N. Fr. Pr.“ geschrieben: „Es wird immer klarer, daß Brattiano nur darum gefallen ist, weil er zu ungeschickt war. Er hat beharrlich gegen das von Berlin gegebene Stichwort gehandelt und die Ungarn, anstatt ihnen schön zu thun, herausgefordert. Graf Bismarck aber gab die Parole aus, die Agitationen nur gegen die Politik des Freiherrn v. Beust einzurichten und die Ungarn dabei als glorreiches Volk zu feiern und als selbständigen, von Oesterreich getrennten Staat zu betrachten. Von dem Herrn Rogolnitscheano erwartet das preussische Gouvernement, daß er die Dinge in diesem Sinne besser behandle. Vorsicht wird also dem Zukünftigen Ministerwechsel gegenüber zunächst geboten sein.“

— Graf Bismarck ist am 2. d. M. Nachmittags in Berlin wieder eingetroffen.

— Am Tage der beiden neulichen Hinrichtungen in Rom hatte die französische Garnison in Civitavecchia Befehl, nach Rom abzumarschiren, falls dort eine Emute ausbrechen sollte. Den ganzen Tag über waren die Lokomotiven geheizt.

— In dem Prozeß der Pariser Journale hat die sechste Kammer das Urtheil verkündet. Dasselbe erklärt die Angeklagten sämmtlich der ihnen zur Last gelegten Umtriebe für schuldig und verurtheilt Delescluze zu 6 Monaten Gefängniß, 2000 Franks Strafe und Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts auf sechs Monate, Peyrat und Duret zu je 2000 und Hebrard und Weiß zu je 1000 Franks Strafe, wobei indessen für die drei ersten Angeklagten die Strafen in die ihnen am 14. November bereits zuerkannten aufgehen sollen. Gleichzeitig mit dem Prozeß Delescluze und Genossen wurde in Lille gegen den Prozeß du Nord und in Nevers gegen den Imparcial de la Nievre wegen Umtriebe im Innern, begangen durch Veröffentlichung von Baudin-Listen, verhandelt und erfolgten hier wie dort verurtheilende Erkenntnisse.

— Der Aufstand in Spanien soll auch für Ungarn nicht ohne wohlthätige Folgen bleiben. In dem Dorfe Banafalva nächst Dedenburg beabsichtigen sich demnächst, wie wir im „Naplo“ lesen, dreißig Jesuiten aus Spanien anzusiedeln.

Abkündigung der körperlichen Züchtigung in der Volksschule.

Der Herr Unterrichtsminister hat anlässlich eines Antrages auf „Abkündigung der körperlichen Züchtigung in der Volksschule“ unterm 7. v. M. folgendes Schreiben an die Präsidien des Lehrervereins „Volksschule“ und des „österreichischen Lehrervereins“ gerichtet:

„Dem Ministerium für Kultus und Unterricht liegt ein Antrag vor, welcher die Abkündigung der körperlichen Züchtigung in den Volksschulen, rückfichtlich einer Aenderung der Bestimmungen des § 243 der politischen Schulverfassung bezieht. Begründet wird dieser Antrag damit, daß bei der fortschreitenden Kultur dieses Besserungsmittel durch ein besseres, kräftiges Eingreifen des Lehrers und anderer pädagogischen Mittel entbehrlich gemacht werden könne, sowie daß das Oesterreichs Gesetzgebung in neuester Zeit die körperliche Züchtigung als Haupt- und Disziplinarstrafe beseitigt hat. Ob das Strafmittel der körperlichen Züchtigung in der Schule anzuwenden sei, ist eine Frage, worüber seither die Meinungen in den

pädagogischen Kreisen nicht ganz übereinstimmend waren. Während der eine Theil behauptet, daß die körperliche Züchtigung in der Schule nicht nothwendig und wegen der damit verbundenen großen Uebelstände verwerflich ist, macht der andere Theil geltend, die Schule, welche die Familie vertritt und ersetzt, könne jenes Strafmittel, namentlich bei rohen, an die körperliche Züchtigung vom Hause aus schon gewöhnten Kindern nicht entzihen, und es sei der Forderung der Humanität Genüge gethan, wenn die körperliche Züchtigung nur als äußerstes Strafmittel und mit jenen Vorfichten in Anwendung gebracht wird, welche der pädagogische Takt und die Rücksicht für die Gesundheit der zu strafenden Kinder erfordern. Auch in ärztlichen Kreisen ließen sich über dasselbe Thema, namentlich vom physiologischen Standpunkte, bereits mehrere beachtenswerthe Stimmen vernehmen, und es ist sogar die Behauptung aufgestellt worden, daß jede körperliche Züchtigung mit Rücksicht auf die zarten Körpertheile der Kinder schädlich sei. Ein sachmännisches Gutachten, welches dem Ministerium bereits vorliegt, spricht sich für die Beibehaltung der körperlichen Züchtigung in der Schule aus, nur sollen die Lehrer bei der Anwendung dieser Strafe sich stets streng nach den Bestimmungen der §§ 242 und 243 der politischen Schulverfassung benehmen, welche in dieser Beziehung hinreichende Vorsichten und Beschränkungen normiren. Bevor ich über diese rein pädagogische Angelegenheit einen definitiven Beschluß fasse und eventuell zur Revision der Vorschriften über die Schulzucht in den Volksschulen schreite, erscheint es mir von großem Werth, in der Sache die Ansichten des Lehrervereins kennen zu lernen. Ich ersuche daher das geehrte Präsidium, den obigen Antrag einer eingehenden Berathung seitens des Vereines unterziehen, und mir darüber das Gutachten desselben bekanntgeben zu wollen.“

Zur Rechtfertigung einer Unschuldigen.

Der viel besprochene zweite Protest Isabella's wird dieser Tage in Form einer Broschüre erscheinen, die „Isabella II. und Spanien“ betitelt ist und zur Rechtfertigung der Königin, sowie zur Vertheidigung ihrer Rechte dienen soll. Dieselbe läßt darin erklären, daß sie nicht abgedankt habe noch abdanken werde. Niemals habe sie die ihr von der Konstitution vorgeschriebenen Pflichten verletzt. Wenn ihr öffentliches Leben ohne Makel, so sei ihr Privatleben noch unangreifbarer. (!) Die Königin sei das Opfer der schändlichsten Verleumdungen geworden. Als Tochter habe sie ihre theuersten Interessen denjenigen ihrer Mutter Christine geopfert. Mehrere male habe sie ihr Hesperonale vollständig gewechselt, um nicht die Anklage auskommen zu lassen, daß durch dasselbe der konstitutionelle Gang der Regierung beeinflusst werde. Und wenn sie alte und treue Diener nicht habe entlassen wollen, weil es den Verleumdern gefallen, denselben einen Einfluß auf sie beizulegen, den sie nie hatten, so habe sie nur nach den Gesetzen der alten kastilischen Ehre gehandelt.

Alle Minister und Marschälle und überhaupt alle ihre Staatsbeamten seien Glende, die unwürdig der Wohlthaten gewesen, die sie ihnen erwiesen und die sie nur verrathen, weil sie von ihrer Günst nichts mehr erwarten konnten. Serrano werde von ganz gemeinem Ehrgeize bewegt und habe sich einer anekelnden Undankbarkeit schuldig gemacht. Nur Prim entgeht dieser allgemeinen Verurtheilung. (Das kompromittirt ihn sehr.) Er sei ein tapferer Soldat, den die Chefs aller Parteien systematisch vom Throne entfernt gehalten, weil er die Interessen Spaniens niemals denjenigen der einzelnen Parteien habe unterordnen wollen. Serrano werde nur vom Reide geleitet, Prim's Programm dagegen sei ein interesseloses und habe er dasselbe stets mit einem Freimuth bekannt, der ihm die Herzen gewonnen.

Gegen den Herzog von Montpensier wird die Anklage in der formellsten Weise erhoben und dabei die Sache Isabella's mit der des Kaisers Napoleon gewissermaßen solidarisch gemacht. „Einige Monate vor Radix habe Isabella die Ueberzeugung gewonnen, daß der Herzog von Montpensier mit den vitalvari-

stischen Generalen im Einverständnis stehe. Diese seien zu eigenmüthig gewesen, um Opfer zu bringen, und als sie das Geld des Herzogs nahmen, hinderte sie ihr beschränkter Gesichtskreis zu sehen, daß es von demselben nicht allein auf Spanien abgesehen war, sondern, daß er hoffte, daß sich der Ausbruch auch Frankreich mittheilen werde. Man müsse blind sein, wenn man nicht einsehe, daß die Familie Orleans alle Anstrengungen mache, um das Kaiserreich zu stürzen, und daß sie sich dabei der republikanischen Elemente nur bediene, um die letzte Zuflucht der konservativen Parteien zu sein." Wie man sieht, schießt die Broschüre zwei Pfeile auf einmal ab: eine Ehrenrettung auf der einen Seite, und eine Demagogik auf der andern, um sich die Hilfe Frankreichs zu sichern.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

(St. Peter-Fiume Bahn.) Zwischen dem Handelsminister Plener und der Südbahn soll demnächst eine Vereinbarung über die baldige Ausführung der Villach-Brizzen- und der St. Peter-Fiume-Bahn getroffen werden. Beide Strecken sollen längstens binnen 3 bis 3 1/2 Jahren ausgebaut werden, und zwar in der Weise, daß diese Linien selbständig neben dem bisherigen Südbahnnetz für sich betrieben, mit einem selbständigen Aktienkapital dotirt und auch mit einer abgesonderten Zinsgarantie seitens der Staatsverwaltung versehen würden.

(Milder Spätherbst.) Der Monat Dezember tritt sehr milde auf. Der Schnee in der Ebene ist gänzlich verschwunden. Längs den Bächen und Flüssen findet die noch bei uns verweilende weiße und gelbe Bachstelze hinlänglich Nahrung. Heute wurde im Freien der schwarzgelbe Salamander beobachtet, eine um diese Jahreszeit sicherlich ungewöhnliche Erscheinung.

(Zum Benefize Fräulein Zellinek's) kommt morgen „der Liebestrank“ zur Aufführung. Die gute Oper und die allgemeine Beliebtheit dieser Sängerin lassen ein volles Haus mit Bestimmtheit erwarten.

(Kaubanfall.) Am 30. v. M. gegen 8 Uhr Abends wurde Gemeinderath Joh. Kurald aus Safniz auf der Laibacher Straße in der Nähe der Savebrücke nächst Krainburg von 2 Individuen angefallen, zu Boden geworfen und seiner Barthaar per 100 fl. beraubt. Den energischen Nachforschungen des Gendarmeriepostens zu Krainburg gelang es am 1. d. M., der beiden Missethäter in der Person des Jakob Balkic aus Strahic und Anton Volcic aus Oberfeichting habhaft zu werden, welche dem Bezirksamte Krainburg überliefert wurden. Es ist dies schon der zweite Fall in einer so kurzen Zeit, daß im Bezirke Krainburg Kaubanfälle vorkamen und die Thäter nur in Folge unrichtiger und eifriger Pflichterfüllung des dortigen Gendarmeriepostens-Kommandanten zu Stande gebracht und dem Gerichte überliefert wurden.

(Drillinge.) Am 23. v. M. gebar Gertraud Zelenc, ein armes Bauernweib in der Lokalie Bukovica, Drillinge weiblichen Geschlechts, welche sämmtlich gesund und wohlbehalten sind. Die arme und zugleich so reiche Mutter hat außer diesen noch 5 ältere Kinder. Die arme Familie muß an allem Mangel leiden, besonders unter solchen erschwerenden Umständen. Milde Gaben jeder Art für die arme Familie wollen derselben unter der Adresse: Lokalie „Bukovica poste restante Krainburg“ zukommen gemacht werden. Auch die Redaktion des „Laibacher Tagblatt“ ist erbötig, solche anzunehmen und an ihre Bestimmung zu befördern.

(Neue Stempelmarken.) Man schreibt der „Neuen freien Presse“: Die Staatsdruckerei ist schon seit längerer Zeit mit der Aufertigung neuer Stempelmarken beschäftigt, deren Ausgabe bereits mit Neujahr erfolgen soll. Die neuen Marken haben zunächst die Bestimmung, den allzu häufigen Verfrachtungen durch den wiederholten Gebrauch dieser Stempel-

zeichen ein Ziel zu setzen; sie sind deshalb, wie die bekannten „Abziehbilder“ dergestalt konstruirt, daß sie sich, einmal aufgelegt, nicht ablösen lassen, ohne ihre Zeichnung und Ausstattung vollkommen zu zerstören. Sie werden die Form eines länglichen Vierecks bilden, mit dem Bildnisse des Kaisers in Stahlstich nach einer speziellen fotografischen Aufnahme geschmückt sein, und nebst dem Werthe des Stempelbetrages die Jahreszahl der Emission in Ziffern enthalten; der Unterdruck wird durch die oftmalige Wiederholung des Stempelwerthes in Buchstaben mit Diamantschrift, wie bei den preussischen Kassenscheinen, gebildet werden; endlich sind die Marken mit einem, bei Ablösungsversuchen leicht verwischbaren, farbigen Rande eingefast.

Witterung.

Laibach, 4. Dezember.
In aller Frühl heiter, Neiß, schöne Morgenbeleuchtung der Alpen. Wolkenzug aus W. Wind Morgens aus O., später aus SW. Temperatur: Morgens 6 Uhr + 0.8°, Nachm. um 2 Uhr + 7.4° (1867 + 1.4, 1866 + 2.6°). Barometer 327.61, im Steigen. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 3.0°, um 2.2° über dem Normale.

Angekommene Fremde.

Am 3. Dezember.
Elefant. Janoviz, Agent, Triest. — Bem, Kaufmann, und Angerer, Fabrikant, Wien. — Fischer, Kaufmann, Pilsen.
Stadt Wien. Brill, Berens und Burghardt, Kaufm., Wien. — Petisk; Edler v. Von, k. k. Rittmeister, Triest. — Friedrich, Kommiss, Oberlaibach. — Schmidt, Unterkrain. — Kalischnig, Postmeister, Neumarkt.

Verstorbene.

Den 3. Dezember. Anna Kerzisknik, Inwohnerwitwe, alt 49 Jahre, im Zivilspital an der Bauchfellentzündung.
— Dem Peter Franletti, Greißler, sein Kind Albin, alt 2 Jahre und 10 Monate, in der Stadt Nr. 146, an der Gehirnentzündung.
Den 4. Dezember. Katharina Grill, Bettlerin, alt 66 Jahre, ins Zivilspital sterbend überbracht.

Geschäftszeitung.

Konvertirung der Staatsschuld. Von Seite des Ministeriums ist beschlossen worden, das Konvertirungsgeschäft in zwei Abtheilungen durchzuführen, von welchen die eine für die in Silber verzinsslichen, die andere für die in Bankvaluta verzinsslichen Staatsschuldverschreibungen bestimmt ist. Die Ausgabe der neuen Konvert.-Obligationen erfolgt, sobald eine entsprechende Anzahl von denselben eingeliefert sein wird. Es werden Konvert.-Obligationen zu 50 fl., 100 fl., 1000 fl. und 10.000 fl. ausgegeben werden. Die Obligationen zu 50 fl. und 10.000 fl. werden mit je 21 Koupons, die zu 100 fl. mit 27 Koupons und die zu 1000 fl. mit 24 Koupons und je einem Talon belegt. Der Koupon lautet bereits auf den richtig gestellten Zinsbetrag nach Abzug der 16proz. Einkommensteuer, so bei der Obligation zu 100 fl. auf 2 fl. 10 kr. halbjährig, bei der Obligation zu 1000 fl. auf 21 fl. u. s. w. Die Obligationen, welche bereits eingeliefert werden, haben einen genaueren Unterdruck und nur die Kapitals-Kategorien sind dadurch unterschieden, daß der Titel „Staatsschuldverschreibung“ bei den Obligationen zu 100 fl. eine rothe, bei denen zu 1000 fl. eine blaue Einfassung u. s. w. hat, und daß auch die Theilpartien der betreffenden Koupons mit den gleichen Farben unterschieden sind. An der Spitze der Obligationen ist der Reichsadler ersichtlich, umgeben von den allegorischen Figuren der Gerechtigkeit und Tapferkeit; Genien tragen (wir wählen das Beispiel einer Obligation zu 1000 fl.) die Zahl 1000 fl. Der Text der Obligationen ist mit dunkelgrauen Arabesken eingerändert.

Gedenktafel

über die am 7. Dezember 1868 stattfindenden

Vizitationen.

2. Feilb., Kovane'sche Real., Vela, BG. Wippach. — 1. Feilb., Babukovec'sche Real., Großcerovec, 472 fl., BG. Rudolfsberth. — 1. Feilb., Lujar'sche Real., Wodale, 1926 fl., BG. Raffenfuß.
Ordnungen: Zwei adjutirte Auskultantenstellen für Steiermark, eine Auskultantenstelle für Krain, eine adjutirte und vier nicht adjutirte Auskultantenstellen für Krain, bis 16. Dezember beim Oberlandesger. Präsi. Graz.

Telegramme.

Wien, 3. Dezember Abends. (Laib. Ztg.) In der österreichischen Delegation erklärt der Kriegsminister anlässlich der Befestigung Komorns: Wir stehen völlihaft am Vorabend sehr wichtiger Ereignisse, und wir dürfen nicht versäumen, die galizische Grenze gegen Rußland zu befestigen.

Wien, 3. Dezember. Die Reichsrathsdelegation nahm das Extraordinarium für die Landarmee zumeist nach den Ausschusanträgen, sowie den Ausschusantrag an, daß die Vorlage des Defizits für 1868 verfassungsmäßig behandelt werde. Das Ansuchen des Kriegsministers, das Defizit aus dem Stellvertreterfonds zu decken, wurde abgewiesen.

Wieliczka, 3. Dezember. Die Schugdämme wurden vom Wasser durchbrochen. Der Abbau erscheint für längere Zeit unterbrochen. Ministerialrath Beust und Bergrath Förster sind heute von Wien hierher abgereist.

Theater.

Heute: **Werner, oder: Herz und Welt.**

Schauspiel in 5 Akten, von Gutzkow.

Personen: Präsident von Jordan, Hr. Pichon. — Heirich von Jordan, dessen Adoptiv- und Schwiegersohn, Hr. Bergmann. — Julie, seine Gemahlin, Fr. Schmidts. — Assessor Wolf, Hr. Stefan. — Gerichtsrath Denker, Hr. Walter. — Marie Winter, Fr. v. Stefan. — Doktor Fels, Hr. Moser. — Referendarius Fels, sein Sohn, Hr. Franzelius.

Verloren. Ein Portemonnaie mit zirka 47 fl. wurde vorgestern den 2. d. Abends am Wege vom alten Markte bis auf den Schulplatz durch die Spitalgasse, Theatergasse, Judengasse, zurück auf den alten Markt verloren. Der redliche Finder wird ersucht, dasselbe gegen 10 fl. Belohnung im Zeitungs-Comptoir abzugeben. (145)

Zahnarzt Engländer aus Graz (90-23)

beehrt sich den p. t. Zahnpatienten höflichst anzuzeigen, daß er hier in Laibach angekommen und in seiner Privatwohnung im **Reimann'schen Hause** von 9 Uhr früh bis 5 Uhr Abends zu treffen ist.

Wiener Börse vom 3. Dezember.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Gold	Ware
5perc. österr. Währ.	55.60	55.80	Deft. Hypoth.-Bant.	97.— 97.50
ete. v. 3. 1866	60.65	60.75	Prioritäts-Oblig.	
ete. National-Anf.	64.70	64.80	Südb.-Obl. zu 500 Fr.	104.— 104.50
ete. Metalliques	58.60	58.70	ete. v. 6 pzt.	226.— 227.—
Leise von 1854	85.—	85.50	eterrb. (100 fl. 3 pzt.)	92.25 92.75
Leise von 1860, ganze	91.80	91.90	eterrb. (200 fl. 5 pzt.)	82.30 82.40
Leise von 1860, Hälfte	97.75	98.—	Rudolfsb. (300 fl. 5 pzt.)	84.— 84.50
Prämienf. v. 1864	104.40	104.50	Frank. 3 pzt. (200 fl. 5 pzt.)	86.75 87.—
Grundentl.-Obl.			Loose.	
Steiermark zu 5 pzt.	88.—	89.—	Credit 100 fl. 5 pzt.	147.— 147.25
Kärnten, Krain			Don.-Dampfsch.-Obl.	93.25 93.75
u. Küstenland 5	84.—	90.—	zu 100 fl. 3 pzt.	118.— 120.—
Ungarn „ zu 5	77.30	77.50	Triester 100 fl. 3 pzt.	55.— 56.—
Arvat. u. Slav. 5	77.50	78.—	ete. 50 fl. 5 pzt.	32.50 33.—
Siebenbürg. „ 5	72.50	73.—	Diener 40 fl. 5 pzt.	160.— 170.—
Action.			Esterebay 40 fl. 5 pzt.	41.— 42.—
Nationalbank	681.—	682.—	Salm „ „ 40	31.50 32.—
Creditanstalt	245.50	245.00	Paissy „ „ 40	35.50 36.—
R. 6. 5 pzt. v. 1866	657.—	659.—	Clary „ „ 40	33.50 34.—
Anglo-österr. Bant.	178.25	178.50	St. Genois „ „ 40	22.— 22.50
Deft. Bencener. A.	206.—	208.—	Pinibischgras 20	21.50 22.50
Deft. Hypoth.-Bant.	68.75	69.25	Waldstein „ 20	14.50 15.50
Steier. Compt. W.	217.—	221.—	Regelwid. 10	13.50 14.25
Rais. Ferd.-Rothb.	1990	1995	Rudolfsb. 10 fl. 5 pzt.	
Südbahn-Gesellsch.	202.30	202.40	Wechsel (3 Mon.)	
Rais. Elisabeth-Bahn.	177.—	177.25	Augsb. 100 fl. südb. B.	99.30 99.60
Carl-Ludwig-Bahn	217.25	217.50	Frankf. 100 fl.	99.35 99.50
Leoben. Eisenbahn	150.—	150.50	London 10 fl. 2 pzt.	118.40 118.50
Rais. Franz-Josephs.	165.25	165.50	Paris 100 francs	47.10 47.15
Häuf. v. Parcier C. B.	162.—	162.25		
Häuf. v. Himm. Bahn	162.50	163.—		
Pfandbriefe.				
Nation. 5 pzt. verlosb.	93.—	93.20	Rais. Münz-Ducaten.	5.58 5.60
Ang. Ver. Creditant.	92.—	92.50	20-Francstüd.	9.45 9.45
Ang. öst. Ver. Credit.	105.—	105.50	Reichsthaler	1.74 1.75
ete. in 33 J. rückz.	86.—	86.25	Silber	117.— 117.50

Telegraphischer Wechselkurs

vom 4. Dezember.

5perc. Metalliques 58.70. — 5perc. Metalliques mit Rai- und November-Zinsen 60.10. — 5perc. National-Anlehen 64.30. — 1860er Staatsanlehen 91.40. — Bankaktien 680. — Kreditaktien 248.70. — London 118.60. — Silber 117.25. R. L. Dukaten 5.59.